Einer neuen Union française entgegen?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **52 (1958)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140290

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

‚Osten' mitten unter uns in neuer Kraft sein Haupt erheben würde. Vor allem aber ... ist es zweifellos ein wichtiger Dienst für den Völkerfrieden, wenn einzelne Länder sich nicht in den Sog des atomaren Wettrüstens hineinziehen lassen, sondern durch ihren Verzicht ein Zeichen aufrichten, daß dieser Weg einer immer unheimlicher und gefährlicher werdenden Bedrohung niemals unter einer Verheißung, sondern nur unter dem Fluch stehen kann.» Das, in der Tat, ist wahre Realpolitik!

Hugo Kramer

Einer neuen Union française entgegen?

Die neue Verfassung, die General de Gaulle diesen Herbst dem französischen Volk zur Annahme vorzulegen gedenkt, will auch die Beziehungen Frankreichs zu den ihm verbliebenen Kolonialgebieten neu regeln. De Gaulles Werbefahrt für sein Projekt, deren Erfolge und Mißerfolge von der Weltpresse registriert werden, wird verständlicher, wenn man weiß, daß nicht weniger als 40 Prozent der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Plebiszit in Übersee, hauptsächlich in Afrika, leben. Es wird unsere Leser interessieren, was ein so guter Afrikakenner wie Basil Davidson, der in den «Neuen Wegen» schon öfters zum Wort gekommen ist, über die Lage in den wichtigen afrikanischen Territorien Frankreichs mitzuteilen hat. Sein Bericht im «New Statesman» vom 9. August wurde geschrieben, bevor de Gaulle seine Propagandareise antrat.

Für die riesigen Gebiete von Französisch-Westafrika und Äquatorialafrika, die an Umfang Westeuropa übertreffen, ist die Entwicklung, die sich in Frankreich anbahnt, von schicksalhafter Bedeutung. Wie Basil Davidson treffend sagt, können die Franzosen mit Recht behaupten, daß die französische Verwaltung der Vierten Republik hier der afrikanischen Forderung nach Gleichstellung mit seltener Toleranz und Weitsicht entgegenkam. Wo sonst in Afrika sind politische Parteien zu finden, die allen Rassen offen stehen, Parteien, in denen Europäer als gewählte Delegierte (vom Volk gewählte, europäische Minister unter anderen) als politisch Ebenbürtige neben Afrikanern ihren Platz einnehmen? Wo sonst existiert ein «Rassemblement Démocratique Africain» oder ein «Parti du Regroupement Africain», die, nicht durch rassische Vorurteile der Kolonialmacht gehemmt, die Entwicklung ihrer Völker mitbestimmen können?

Im April 1957, in einem lichten Augenblick des Pariser Parlaments, war die Rede davon, Westafrika und Äquatorialafrika zu gleichgestellten, doch voneinander abhängigen Gliedern eines Staatenbundes zu machen, der Frankreich und seine früheren Kolonien mit Einschluß von Madagaskar umfassen sollte. War dies ein wirkliches Entgegenkommen Frankreichs oder nur der alte Trick des «teile und herrsche» in neuer Auflage?

Die Ansichten der Afrikaner waren geteilt. Doch die große Konferenz des «Rassemblement Démocratique Africain», die letzten September in Bamako am oberen Niger stattfand, brachte das Mißtrauen der Afrikaner klar zum Ausdruck. Was diese Versammlung von 3000 gewählten Delegierten forderte, war beschleunigte föderative Zusammenfassung als Vorbereitung föderativer Selbständigkeit, unter Wahrung der Verbindung mit Frankreich.

Dies war die Situation vor der Machtübernahme de Gaulles. Noch unmittelbar vor den Mai-Ereignissen hatten die acht Provinzen von Westafrika wie diejenigen von Äquatorialafrika Abordnungen zu einem Grand Conseil in Dakar entsandt. Dieser Grand Conseil unter der fähigen Leitung von Gabriel d'Arboussier hatte sich mehr und mehr als föderatives Parlament betrachtet. Wenn auch seine Macht beschränkt war, da Frankreich das Finanzwesen kontrollierte, dazu über die Polizeikräfte verfügte und Außenpolitik und Verteidigung überwachte, so war es doch ein Schritt in der rechten Richtung. Der Grand Conseil, in Bestätigung der Bamako-Resolutionen, forderte die Bildung einer Exekutive als künftige Regierung eines unabhängigen Westafrikas.

Doch de Gaulle – entgegen den Erwartungen des Grand Conseil – war nicht gesinnt, diese Selbständigkeit einer westafrikanischen Föderation zu bestätigen. Seine Regierung tat ausgerechnet das, was die Delegierten der Bamako-Konferenz befürchteten – statt auf föderativer Basis zu verhandeln, verstärkte er die Stellung der zwölf Provinzgouverneure. Damit begünstigte er das Spiel einer Minorität (besonders stark an der Elfenbeinküste), die sich nach dem Beispiel von Ghana auf die Schaffung von souveränen Staaten verlegt. Wie zu erwarten, hat er damit den heftigen Protest aller Befürworter eines föderativen Zusammenschlusses erregt.

Die neu konstituierte Partei des Regroupement Africain, die kürzlich zusammentrat, forderte denn auch als Antwort auf de Gaulles Maßnahmen die sofortige Unabhängigkeit aller Schwarzen Afrikas und die Schaffung eines «Schwarz-Afrika-Bundes», der die Beziehungen zu Frankreich «auf der Grundlage der Gleichheit» neu regeln sollte.

Es ist schwer, alle Züge im Spiel politischer Aktion und Gegenaktion vorauszusagen. Nur soviel scheint sicher zu sein: die Forderung einer Bundesexekutive und von Verhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage von zwei Bundesstaaten Westafrika und Äquatorialafrika statt derjenigen von zwölf Staaten wird mit aller Kraft verfolgt werden. Sollte de Gaulle dieses Zugeständnis machen, würde er Frankreichs Prestige in Afrika gewaltig erhöhen – anderseits aber den schärfsten Widerstand der Militärjunta von Algier herausfordern.

Die führenden Politiker Französisch-Afrikas verfolgen große und originelle Ziele. Vor kurzer Zeit erklärte d'Arboussier – zufällig aus Djenne, der einst größten Stadt des Sudans gebürtig – dem Vertreter der United Preß, in zehn Jahren könnten sie sogar in der Lage sein,

mit ihren Kollegen in Nigeria und Ghana die Einigung von ganz Westafrika in die Wege zu leiten. Die Staaten des westlichen Sudans waren im Mittelalter große prosperierende Reiche. «Was sie durch Eroberung zusammenschlossen, werden wir durch demokratische Verhandlungen vereinigen.» Ein großzügiger und faszinierender Gedanke. Ist er vielleicht zu groß für die Armseligkeit politischen Denkens im heutigen Europa? fragt Basil Davidson. *Red.*

Die Fahrt des «Glücklichen Drachen»

Wie viele Menschen unserer Epoche sind sich bewußt, wie tief die neuentdeckte Macht des Atoms in alle Sphären unseres Daseins eingreift? Man spricht wohl schon jetzt vom Atomzeitalter; in unserem eigenen Lande findet einer der größten wissenschaftlichen Kongresse statt, der die friedliche Verwertung der neuen Energie zum Thema hat. Dahinter aber lauert drohend und riesengroß die Atomkraft als Zerstörer unseres Erdballs, die durch Verblendung der politischen Führer oder vielleicht gar einen unglücklichen Zufall entfesselt werden kann.

«Ein Politiker, der den Atomkrieg nicht zu fürchten behauptet, beweist damit nur, wie ahnungslos er den Tatsachen unserer Zeit gegenübersteht», hat einer der kompetentesten Wissenschafter Amerikas, Ralph Lapp, erklärt (laut «Bulletin of the Atomic Scientists», September 1953). Lapp, seinerzeit wissenschaftlicher Berater des USA-Kriegsministeriums wie der amerikanischen Zivilschutzbehörden, geriet trotz seiner hohen Stellung in der Beamtenhierarchie in Konflikt mit der offiziellen Politik der Verheimlichung und Verharmlosung und vertrat immer die Auffassung, daß die Regierung dem Volk, allen Völkern, rückhaltlose Offenheit über die drohende Katastrophe schulde. Die Redefreiheit, auf die Amerika so stolz ist, sagte Lapp, nützt den Bürgern nicht viel, wenn sie nicht wissen, was auf dem Spiel steht.

Bekannt ist, daß am 1. März 1954 trotz dringender Warnung bekannter Wissenschafter die eine Wasserstoffbombe bei der Bikini-Inselgruppe im Stillen Ozean zur Explosion gebracht wurde. Man erinnert sich wohl auch noch, daß ein japanisches Fischerboot in den Bereich des Aschenfalls dieser Explosion geriet, mit furchtbaren Folgen für die Mannschaft dieses Schiffes. Lapp, empört über die Verletzung elementarster menschlicher Rechte und die unwürdige Haltung seiner Regierung, veröffentlichte im amerikanischen «Bulletin of the Atomic Scientists» zunächst mehrere Artikel über diesen Vorfall. Mit den wissenschaftlichen Aspekten dieser neuen Drohung vertraut, kam er aber zur Überzeugung, daß nur eine Schilderung des menschlichen Schicksals der Betroffenen dazu beitragen könne, die